

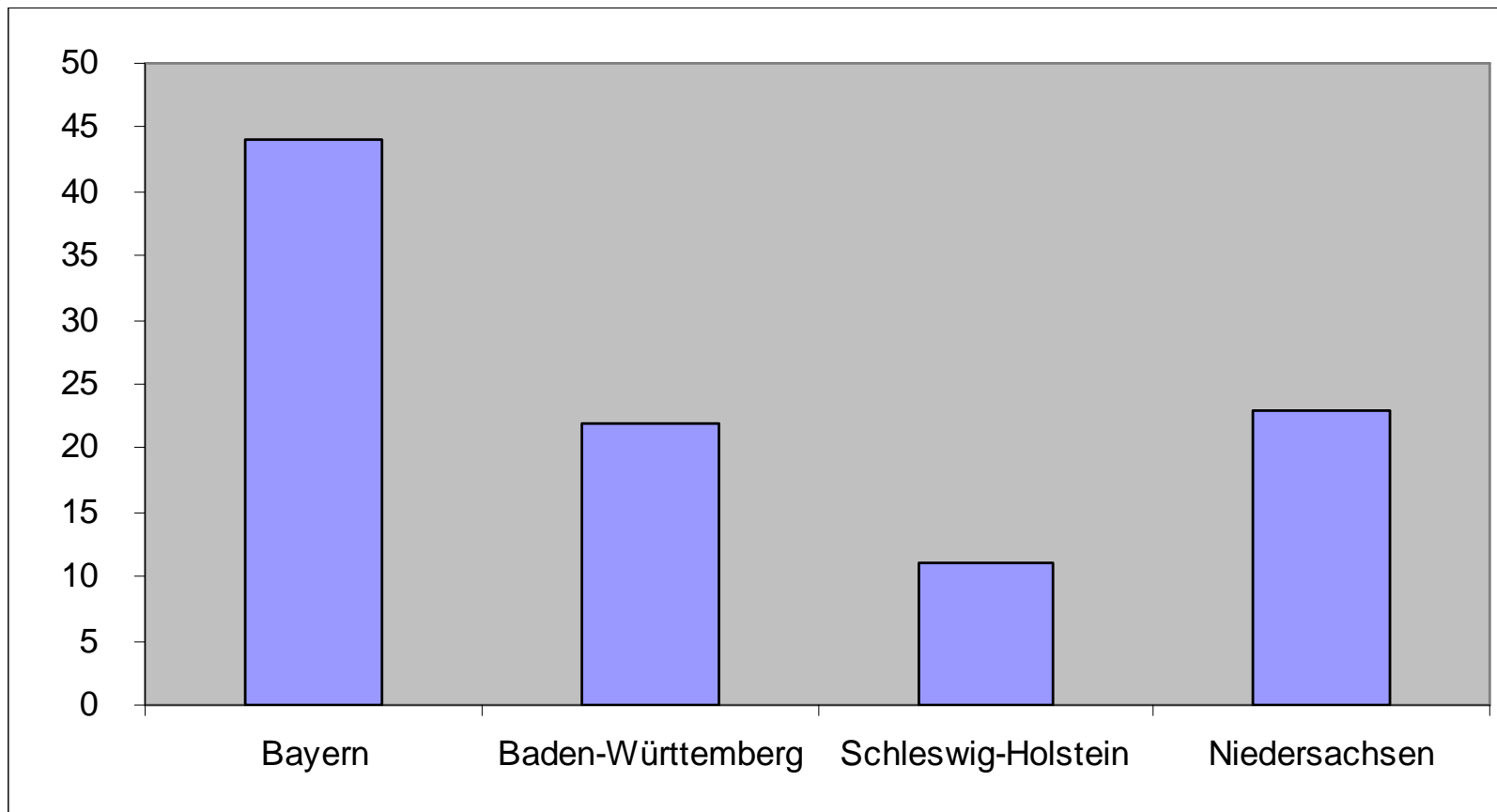
WahlJAhr 2013. Gute Politik ist messbar.

Antworten der Kandidaten



- In Deutschland sind noch 9 Atomkraftwerkblöcke am Netz, davon 4 Atomkraftwerke in Bayern.
- Mit ca. 43 Millionen MWh Stromerzeugung aus Kernenergie nimmt Bayern, im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit Kernkraftwerken, die erste Stelle ein.
- Das Abschalten der Kernenergie ist in erster Linie ein bayerisches Problem, da es Industrie und Arbeitsplätze übermäßig belasten wird.

Kernenergieerzeugung in MWh 2012 in Millionen



•Quelle: Statistisches Landesamt Bayern und Baden-Württemberg; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen

1. Frage:

Welche Lösungsvorschläge und Strategien wird die künftige Bayerische Staatsregierung unternehmen, um dieses Problem erfolgreich und sozialverträglich zu lösen, ohne dass Industrie und Arbeitsplätze in Bayern gefährdet werden?

Antworten der CSU

CSU-Landesleitung

- *Die CSU bekennt sich zu den im Mai 2011 von der Staatsregierung beschlossenen Energiekonzept „Energie innovativ“, das vorsieht, bis zum Jahr 2012 mehr als 30 % und bis 2021 mehr als 50 % des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Nachdem Bayern bis zu diesem Beschluss rund 60 % des Stroms aus Kernenergie erzeugt hat, bedeutet dies für Bayern, dass wir bis 2022 erheblich schneller und umfangreicher auf regenerative Stromerzeugung umstellen müssen als andere Bundesländer. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht. Schon heute werden 33 % des Stroms aus Erneuerbaren Energien erzeugt.*
- *Dennoch ist die Energiewende eine langfristige Aufgabe, die mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden ist. Wir wollen sie volkswirtschaftlich und sozial verantwortbar umsetzen, denn weder Unternehmen noch private Verbraucher dürfen durch die Energiewende überfordert werden. Unser Ziel ist es, dass die Energiewende bezahlbar bleibt und die Kosten fair verteilt werden. Von besonderer Bedeutung ist bezahlbare Energie für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Million Beschäftigte und deren Familien wären bundesweit die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. Deshalb wollen wir diese Unternehmen auch künftig zielgenau entlasten, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen.*

- *Nach der rasanten Entwicklung beim Ausbau regenerativer Energien in den letzten Jahren ist es jetzt wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze, der Stromspeicher und den anderen Energieträgern zu verzahnen: Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet Unternehmen wie Verbraucher von Kosten. Deshalb wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen. Vor diesem Hintergrund werden wir keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen. Jetzt muss es darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen.*

Gerhard Eck, MdL: Wahlkreis: Unterfranken; Stimmkreis Schweinfurt

„Erneuerbare Energien brauchen grundlastfähige Kraftwerke als Ergänzung für die Zeiten, in denen die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht. Neben der grundlastfähigen Biomasse und Geothermie setzen wir dazu auf moderne und umweltfreundliche Gaskraftwerke. Wir werden auf Bundesebene auf bessere Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Betrieb von Gaskraftwerken dringen. In jedem Fall bleibt es beim bestehenden Fahrplan zur Abschaltung der verbliebenen vier Kernkraftwerke in Bayern. Für den Standort Grafenrheinfeld dränge ich darauf, dass der Rückbau nach Abschaltung sofort beginnt um Arbeitsplätze zu erhalten.“

2. Antworten der SPD

Dr. Linus Förster: Wahlkreis: Schwaben; Stimmkreis Augsburg-Stadt-Ost

Angelika Weikert: Wahlkreis: Mittelfranken; Stimmkreis Nürnberg-Ost

Helga Schmitt-Bussinger: Wahlkreis: Mittelfranken; Stimmkreis Nürnberg-Süd

Peter Stranninger: Wahlkreis: Niederbayern; Stimmkreis Straubing

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, MdL: Wahlkreis: Oberbayern; Stimmkreis München-Land-Nord

Harald Güller, MdL: Wahlkreis: Schwaben; Stimmkreis Augsburg-Stadt-West

Markus Rinderspacher, MdL: Wahlkreis: Oberbayern, Stimmkreis München-Ramersdorf

- *Insbesondere weil Bayern einen hohen Anteil an Kernenergie hat, ist es hierzulande wichtig, die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien gut zu planen. Die Aufgabe, die Energieversorgung einerseits zu europäisieren, andererseits sie regional zu dezentralisieren, droht im Bund wie im Freistaat Bayern an einem Mangel an politischer Führung und Koordination zu scheitern.*
- *Bayern ist keine Strominsel. Strom fließt und macht an Bayerns Grenzen nicht halt.*
- *Deutschland hat trotz der Stilllegung von acht Atomkraftwerken im vergangenen Jahr so viel Strom ins Ausland exportiert, wie zuletzt vor fünf Jahren. Für das Jahr 2013 zeichnet sich ein neuer Rekordüberschuss bei den Stromexporten ab. Im Zeitraum von Januar bis Mai wurden bereits 30,79 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom aus Deutschland in die europäischen Netze exportiert, aber nur 16,74 Mrd. kWh importiert. Dies ist eine Steigerung von 46,4% gegenüber dem Vorjahr. Bereits im Jahr 2012 entsprach der Überschuss der Jahresproduktion von mehr als zwei Kernkraftwerken.*
- *Ziel von Energiepolitik und Wirtschaft muss es sein, die Schwankungen der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien auszugleichen und eine stabile Versorgungssicherheit zu garantieren.*

Die Sozialdemokratische Energiepolitik für Bayern tritt deshalb für einen Kurswechsel ein, der folgende inhaltliche und organisatorische Schwerpunkte umfasst:

- ***Schaffung eines Projektmanagements außerhalb der Strukturen der Ministerialbürokratie***
- ***Definition des Grundversorgungsbedarfs für den Bau bzw. Ersatz großer Kraftwerke unter Einbeziehung einer Auslastungsgarantie, die das wirtschaftliche Investitionsrisiko nicht auf die Kunden abwälzt.***
- ***Definition und Umsetzung der Schwerpunkte dezentraler Versorgung durch erneuerbare Energien.***
- ***Hieran anknüpfend ist der Ausbau der Leistungsnetze vorzunehmen. Dies ist mit einer öffentlichen Beteiligung an den Netzbetreibergesellschaften abzusichern.***
- ***Ausbau der Forschung für Speichertechnologien***

Berhard Roos: Wahlkreis: Niederbayern; Stimmkreis Passau Ost und West

- *Die künftige Bayerische Staatsregierung unter Führung der SPD wird die Lösungsvorschläge der IG BCE im Verbund mit denen von ver.di, IG Metall und DGB beherzigen und umsetzen.*
- *Als Mitglied in der Energiekommission des Bayerischen Landtags zur Begleitung der Energiewende habe ich aus Erster Hand von den Experten für Energieversorgung, Leitungssysteme, intelligente Netze, Speicherung, regulatorischem Rahmen und Leistbarkeit für die Endverbraucher Informationen erhalten die perfekt mit den Positionen der Gewerkschaften korrespondieren. Wir alle sind Teil der Energieintensiven Branchen für die wir Versorgungssicherheit gewährleisten müssen. die bisherige von schwarz-gelb geprägte Politik in Deutschland und Bayern leidet am fehlenden Masterplan und kontraproduktiven Äußerungen von Seehofer (2 KM Abstand zu Windrädern, Leistungssteigerung vom AKW Grundremmingen) und Zeil, der sich einseitig gegen die erneuerbaren Energieenträger positioniert hat.*
- *Die SPD wird als erstes den Katalog der Befreiungstatbestände für energieintensive Unternehmen bezogen auf EEG-Umlage und Leitungsgebühren durchforsten, um nicht im internationalen Wettbewerb stehende Firmen herauszunehmen, die seit November 2011 von CDU/CSU und insbesondere FDP zu Unrecht privilegiert wurden. Dies entlastet indirekt KMU und Privatpersonen von Strompreissteigerungen.*

- *Zugleich muss die Strommarktregulierung eine Reform des EEG auf Basis der Vorschläge des Instituts für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) beinhalten, was eine Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energieen unter Relation der jeweiligen Energieeffizienz bedeutet.*
- *Die Stromproduktion bedarf nach dem massiven Ausbau von Photovoltaik deren Abrundung, des starken Zubaus von Windkraft Onshore wie Offshore, sowie Biogasanlagen und zudem ein für die großen Energieversorger langfristig planbare Investitionssicherheit für Gas-Dampfkraftwerke, um die Lücken bei fehlender Sonne/Wind abzudecken.*
- *Auch die Steigerung der Zulassungszahlen im Bereich der Elektromobilität macht nur dann Sinn, wenn die Primärenergie aus erneuerbaren Quellen geschöpft wird und auch "Otto-Normalverbraucher" in die Lage versetzt wird ein E-Mobil zu erwerben und kostengünstig zu betreiben.*
- *Ergänzen möchte ich den Aspekt, die Berufsbilder in der Automobilbranche, Energiebranche und Zulieferbereichen wie der Chemie den neuen Erfordernissen anzupassen.*

Margit Wild: Wahlkreis: Oberpfalz; Stimmkreis Regensburg-Stadt

Die Energiewende stellt uns alle vor große Herausforderungen. Das Programm der SPD in dieser Frage sieht vor allem eine dezentrale Energiewende vor. Dadurch sollen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze vor Ort und gerade im ländlichen Raum geschaffen werden. Wir sorgen dafür, dass die Wertschöpfung vor Ort stattfindet und eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen zentralen und dezentralen Komponenten der Energieversorgung stattfindet, um den Versorgungsansprüchen von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten gerecht zu werden.

Eva Trageser-Heininger: Wahlkreis: Unterfranken; Stimmkreis Aschaffenburg-Ost

Am dringlichsten ist es sich von den großen anonymen Energieversorgern zu trennen und zu dezentralen Versorgern zu wechseln. Die großen Energiekonzerne sind nur zu 7% an Ökostromanlagen beteiligt, die kommunalen Versorger betreiben 58% der Ökostromanlagen.

Mit der Ausweitung von der Atomproduktion von Gundremmigen wird von der derzeitigen Landesregierung ein „total falsches Signal“ gesetzt. Kritisieren muss man den Vorstoß Seehofers, die Abstände von Windkraftanlagen zu Siedlungen erheblich zu vergrößern. Der Flächenanteil zur Errichtung der Anlagen geht dadurch von 5,17% auf 0,05% zurück.(Quelle: Pressemitteilung Bayern SPD 5.8.13)

Wichtigster Aspekt ist der Wechsel zu kleineren Anbietern.

Diese dezentrale

Energiepolitik bringt uns erhebliche Vorteile:

-keine langen Energietrassen und Versorgungswege, Leistungsverluste fallen weg, Erdverkabelung gelingt besser, erneuerbare Energiegewinnung wird vorangetrieben, Energiekonzepte werden mit den Kommunen erstellt.

Daraus resultierend bleibt:

- Das Geld in der Region, Vergabe der Aufträge durch lokale Handwerker, Arbeitsplätze werden geschaffen(Serviceleistungen, Kundendienst...), reg. Energieanbieter beteiligen sich oft an reg. Projekten, zusätzliche Steuereinnahmen entstehen (bei einem Gemeindewerk)

Bei all diesen Sachen sprechen wir über lokale Wertschöpfung.

All diese Gründe lassen ein Festhalten an der Atomenergie nicht zu. All diese Gründe lassen eine unsinnige, teure Trasse von Offshore Anlagen ins Landesinnere nicht zu.

Johanna Werner-Muggendorfer, MdL: Wahlkreis: Niederbayern; Stimmkreis Kelheim

- *Dreiklang: Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien.*
- *Energetische Gebäudesanierung (Arbeitsplätze schaffen)*
- *Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung*

Volkmar Halblein: Wahlkreis: Unterfranken; Stimmkreis Würzburg-Land

Am wichtigsten sind klare Rahmenbedingungen und ein Masterplan für die Energiewende, damit Investitionen in erneuerbare Energien, aber auch in Pufferenergien und Energiespeicher eine verlässliche Grundlage haben. Hieran fehlt es leider sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene. Die Zuständigkeiten für die Energiewende sind z.B. in Bayern auf vier Ressorts aufgespalten sind, es erfolgt keine Politik aus einem Guss, die ideologischen Gegensätzen zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium sind ungeklärt. Erforderlich ist die Bündelung der Kompetenzen zur Umsetzung der Energiewende in einem Energieministerium, die stärkere Einbeziehung der kommunalen Stadtwerke in die Energiewende und mehr Investitionen in Energieeinsparung und Energieeffizienz. Notwendig ist bei der zukünftigen Gestaltung der Anreize für Erneuerbare Energien (die sich auf die EEG-Umlage auswirkt) die richtige Balance zwischen der Investitionssicherheit und der Vermeidung von Übersubventionierung. Dazu gehören in vernünftigem Umfang auch Ausnahmen für die Branchen, die im internationalen Wettbewerbe stehen, der jetzige Wildwuchs an Ausnahmen muss allerdings auf neue Grundlage gestellt werden.

Tim Weidner: Wahlkreis: Oberbayern; Stimmkreis Starnberg

Vor dem Hintergrund, dass Bayern einen sehr hohen Anteil an Kernenergie hat, erfordert die Umstellung des Energiesystems einen Masterplan. Der Spagat zwischen einer Globalisierung der Energieversorgung einerseits und Regionalisierung bzw. Dezentralisierung andererseits ist nur mit strikter politischer Führung und sehr guter Koordination zu bewältigen. Beides fehlt derzeit.

Für das Jahr 2013 zeichnet sich ein neuer Rekordüberschuss bei den Stromexporten ab. Im Zeitraum von Januar bis Mai wurden bereits 30,79 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom aus Deutschland in die europäischen Netze exportiert, aber nur 16,74 Mrd. kWh importiert. Dies ist eine Steigerung von 46,4% gegenüber dem Vorjahr. Bereits im Jahr 2012 entsprach der Überschuss der Jahresproduktion von mehr als zwei Kernkraftwerken.

Ziel von Energiepolitik und Wirtschaft muss es sein, die Schwankungen der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien auszugleichen und eine stabile Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen zu garantieren.

(Ziele der SPD wie Dr. Linus Förster, Angelika Weikert, u. a.)

Harald Güller, MdL: Wahlkreis: Schwaben; Stimmkreis Augsburg-Stadt-West

Zunächst möchte ich ausdrücklich festhalten, dass wir am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten werden.

Nicht erst Fukushima hat uns gezeigt, welche Gefahren die Nutzung der Atomkraft hat und dass auch die Frage der Entsorgung von Atommüll völlig ungelöst ist. Für Schwaben heißt das konkret, dass Block B in Gundremmingen allerspätestens 2017 abgeschaltet werden muss, Block C 2021.

Ich sehe in einer Energiepolitik, die erneuerbare Energien in den Mittelpunkt stellt, auch ein riesiges Potential für regionale Ausbildungs- und Arbeitsplätze, gerade für den Mittelstand und für Handwerksbetriebe.

Es bleibt daher auch unser Ziel bis 2050 die Stromproduktion zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu leisten.

Ziele der SPD wie Dr. Linus Förster, Angelika Weikert, u. a.)

3. Antworten der Bündnis 90 / Die Grünen

- **Thomas Gehring: Landtagsdirektkandidat, Wahlkreis: Schwaben; Stimmkreis Kempten-Oberallgäu**
- **Christine Kamm, MdL: Wahlkreis: Schwaben; Stimmkreis Augsburg-Ost**
- **Verena Osgyan: Landtagsdirektkandidatin, Wahlkreis Mittelfranken; Stimmkreis Nürnberg-West**
- **Jürgen Mistol: Landtagsdirektkandidat, Wahlkreis: Oberpfalz; Stimmkreis Regensburg-Stadt**
- **Ulrike Grote, MdL: Wahlkreis: Oberfranken; Stimmkreis Bayreuth**
- **Margarete Bause: Wahlkreis: Oberbayern; Stimmkreis München-Schwabing**

Wir teilen die Einschätzung, dass der Atomausstieg Industrie und Arbeitsplätze übermäßig belasten wird nicht. Die Abschaltung von acht Atomkraftwerken im Jahr 2011 hat unseres Wissens zu keinen betriebsbedingten Kündigungen in den einzelnen Anlagen geführt. Auch eine Auswirkung auf die Industrie ist nicht erkennbar.

Tatsächlich ist der Strompreis für die Industrie in den vergangenen Jahren sehr kontinuierlich gefallen. Dies zeigt nicht nur eine Auswertung der Daten der Strombörse Leipzig, sondern z.B. auch der Strompreisindex der Vereinigung industrielle Kraftwirtschaft:

http://vik.de/tl_files/downloads/public/strompreisindex/VIK_Index_Daten_Version1.pdf

Dies belegt, dass der Strompreis für die Industrie im Juli 2013 auf dem Niveau vom Mai 2005 ist.

Hingegen hat die Energiewende eine Fülle von Arbeitsplätzen - gerade auch in Bayern - geschaffen. Eine eben veröffentlichte Studie im Auftrag der Bundesregierung geht von 65000 Arbeitsplätzen in Bayern aus. Allerdings wurde darin auch festgestellt, dass in Bayern im vergangenen Jahr 5000 Arbeitsplätze im Solarbereich weggefallen sind.

Hier würden wir uns ein stärkeres gewerkschaftliches Engagement wünschen.

Kerstin Celina: Wahlkreis: Unterfranken; Stimmkreis Würzburg-Land

Die Zahl der durch den Verzicht auf Atomenergie wegfallenden Arbeitsplätze ist relativ gering verglichen mit der Zahl der Arbeitsplätze, die über den Ausbau der Erzeugung von Energie aus regenerativen Energien entsteht. Arbeitsplätze, die durch den Ausbau regenerativer Energien entstehen, sind oft im ländlichen Raum, Gerade dort brauchen wir sie auch, um dem Bevölkerungsschwund im ländlichen Raum vorzubeugen.

Abgesehen davon wird es auch bei einer vollständigen Abschaltung der Atomkraftwerke noch viele Jahre lang Arbeitsplätze bei den Reaktoren geben, da der Rückbau der Atomkraftwerke sich über viele Jahrzehnte hinziehen wird.

Auch die bayerische Industrie wird von einem Abschalten der Atomenergie profitieren, denn langfristig kann nur eine Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien zu einer preisgünstigen Versorgung mit Strom führen, und Abhängigkeit von teuren Uranimporten sowie Abhängigkeiten von fossilen Rohstoffen zu immer höheren Preisen verhindern.

4. Antworten der Freien Wähler

- **Dr. Peter Bauer: Wahlkreis: Mittelfranken; Stimmkreis Ansbach-Nord**
- **Hubert Aiwanger: Wahlkreis: Niederbayern; Stimmkreis Landshut**

Auf das Land Bayern bezogen gelten für die Freien Wähler nach wie vor die Ziele der Bayerischen Staatsregierung (50% Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis 2021) und die im EEG verankerten Mindestausbauziele der Bundesregierung im (35% bis 2020: 35% und 50% bis 2030).

Das Abschalten der restlichen vier bayerischen Atomkraftwerke darf nicht zu einem Problem für den Industriestandort Bayern führen und wird auch nicht zu einem Problem führen, sofern die Bayerische Staatsregierung die Energiewende konzentriert und mit vereinten Kräften umsetzt.

Um die von der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung festgelegten Ziele zu erreichen, sehen die FREIEN WÄHLER den zwingenden Bedarf eines von uns seit Monaten geforderten „Masterplanes zur Energiewende“ für eine durchdachte Umsetzung der Energiewende. In diesem Masterplan müssen die gegenseitige Wirkungen von Netzausbau, Ausbau erneuerbarer Energien, Energiespeicher, Lastmanagement, Energieeffizienzmaßnahmen, Energieeinsparung und das Abschalten von Atom- und fossil betriebenen Kraftwerken berücksichtigt werden.

Eine weitere Kernforderung der Freien Wähler ist die zwingende Errichtung eines eigenen Energieministeriums zur Bündelung und Koordinierung öffentlicher Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende, da sich heute die Kompetenzen auf zu viele Ministerien verteilen (Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Innenministerium).

Tanja Schweiger: Landtagsdirektkandidatin: Wahlkreis: Oberpfalz; Stimmkreis Regensburg-Land-Ost

Eine Bayerische Staatsregierung mit Beteiligung der Freien Wähler wird künftig dafür Sorge tragen, dass der Ausstieg aus der Kernenergie ernsthaft angegangen wird. Der Schlingerkurs der derzeitigen Staatsregierung trägt zur Verunsicherung der gesamten Energiebranche bei. Es gibt keine verlässlichen Kriterien, keine vorausschauende Politik, keine ernsthaften Maßnahmen.

Die Freien Wähler werden dafür sorgen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien dezentral und gemeinsam mit den Menschen vor Ort passiert, am besten in der Hand der Bürger und Kommunen. Wir brauchen Planungssicherheit für Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien.

Günstige Börsenstrompreise müssen weiter gegeben und EEG-Befreiungen auf den Prüfstand. Weiterhin müssen die Energiesteuern gesenkt und die Stromspeichermöglichkeiten und die Power-to-gas- Technik ausgebaut werden.

5. Antworten der FDP

- **Ulrich Lechte: Wahlkreis: Oberpfalz; Stimmkreis Regensburg-Stadt**

Bezahlbare Strompreise und eine sichere Stromversorgung sind die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Bayern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie.

Ziel der FDP ist es, den Anstieg des Strompreises in den Griff zu bekommen, um einer schleichenden Deindustrialisierung und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplatzentwicklung zu vermeiden. Deshalb sieht die FDP entschiedenen Handlungsbedarf im Bereich der Förderung der erneuerbaren Energien. Hier macht der Bereich der Steuern, Abgaben und Umlagen mittlerweile mehr als 50 Prozent des Stromendpreises aus. Diese Fehlentwicklungen werden wir an den Wurzeln anpacken. Die Novellierung des EEG im vergangenen Jahr war ein richtiger erster Schritt, eine grundlegende Reform steht jedoch noch aus. Dabei bevorzugen wir anstelle einer staatlichen Preissteuerung die innovationsfreundliche Mengensteuerung. Investitionen in erneuerbare Energien müssen weiterhin langfristig sicher kalkulierbar bleiben. Vertrauensschutz und keine Eingriffe in Bestandsförderungen sieht die FDP als wichtige Grundpfeiler der EEG-Reform. Betreiber, die ihre Anlagen bedarfsorientiert steuern, sollen einen technologiespezifischen Zuschlag zum Vermarktungserlös oder Börsenpreis erhalten. Es ist unser Ziel, das EEG in ein marktbasierendes System zu überführen und die Erneuerbaren Energien hinsichtlich Ihrer Integration in den Markt zukünftig stärker in die Verantwortung zu nehmen. Überkapazitäten sollen vermieden, die Technologieneutralität und der Wettbewerb gestärkt werden. Wir Liberalen schlagen u.a. vor, dass die Förderung weg von der festen Einspeisevergütung hin zur Direktvermarktung umgestellt wird. Als kurzfristige Maßnahme zur Dämpfung des Strompreisanstiegs treten wir Liberale für die Senkung der Stromsteuer ein.

6. Antworten der Partei Die Linke

- **Jürgen Barthel: Wahlkreis: Niederbayern; Stimmkreis Rottal-Inn**

Die derzeitige (und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die künftige) bayerische Staatsregierung wird nichts dergleichen unternehmen. Im Gegenteil: wie Grundremmingen zeigt macht die Staatsregierung Anstalten einen "Salto rückwärts" zu machen.

Die Linke ist für einen konsequenten Ausstieg nicht nur aus der Kernenergie.

Die Partei DIE LINKE ist die einzige Partei die ein umfassendes Konzept dafür in ihrem Programm hat und auch sagt wie die Sozialverträglichkeit bezahlt werden kann.

- **Ulrich Schönweiß: Wahlkreis: Mittelfranken; Stimmkreis Fürth**

Die bisherigen Staatsregierungen haben in Bayern bei der Stromerzeugung einseitig auf die Hochrisikotechnologie Atomenergie gesetzt. Dies ist und war ein folgenschwerer Fehler, wie wir nicht erst seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima wissen. Der Atomausstieg ist deshalb für Bayern eine besondere Herausforderung, die aber zu bewältigen ist.

Bayern ist keine Insel, auch nicht was die Stromversorgung betrifft. Der Wegfall der Atomstromerzeugung kann zu großen Teilen über den bundesweiten und europäischen Stromnetzverbund ausgeglichen werden. Denn bundesweit wird mehr Strom produziert als verbraucht, Deutschland exportiert in zunehmenden Maße Strom ins Ausland. Ergänzt durch einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien in Bayern und durch die Kapazitäten der Gaskraftwerke in Bayern kann der Atomstrom ersetzt werden. Damit Gaskraftwerke wieder rentabel arbeiten können, muss die künftige Bayerische Staatsregierung schnellstmöglich nach der Wahl eine Bundesratsinitiative zur Reform des Strommarktes starten. Das Marktdesign muss so umgestaltet werden, dass fluktuierende erneuerbare Energien im Zentrum stehen - und sich die Produktion von Gas- statt Kohlestrom lohnt. Für einen Übergangszeitraum muss die Bayerische Staatsregierung in Absprache mit den Kraftwerksbetreibern und unter Heranziehung von Ordnungsrecht eine Stilllegung dieser Gaskraftwerke verhindern.

Ist die Versorgungssicherheit durch die skizzierten Maßnahmen gesichert, sind keine größeren Auswirkungen für Industrie und Arbeitsplätze in Bayern durch das Abschalten weiterer Atomkraftwerke zu fürchten. Die Kolleginnen und Kollegen an den Kraftwerksstandorten werden in der überwiegenden Mehrzahl über Jahre hinweg noch mit dem AKW-Rückbau beschäftigt sein. Dies verschafft ausreichend Zeit für die Bayerische Staatsregierung, um durch aktive regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik mittelfristig Ersatzarbeitsplätze an den Kraftwerksstandorten zu schaffen.

Die Strompreise für Industrie und Privathaushalte hingegen sind nicht unmittelbar an den Strommix in Bayern gekoppelt sondern abhängig von bundesweiten Rahmenbedingungen. Ein Abschalten der bayerischen AKWs wird sich auf das Strompreisniveau in Bayern kaum anders auswirken als im Rest der Republik. Die Referenzpreise auch für den außerbörslichen Handel werden an der Strombörse in Leipzig gebildet und nicht an den AKW-Standorten in Bayern.

Um in Zukunft nicht wieder in die Abhängigkeit privater Stromproduzenten zu gelangen, sollte die neue Bayerische Staatsregierung den Aufbau von Kraftwerkskapazitäten (Erneuerbare Energien, dezentrale Blockheizkraftwerke, Gaskraftwerke) durch kommunale Stadtwerke und Stadtwerkeverbände unterstützen.

**Brigitte Wolf: Landtagsdirektkandidatin: Wahlkreis:
Oberbayern; Stimmkreis München-Bogenhausen**

**Heidi Kaschner: Landtagsdirektkandidatin: Wahlkreis:
Oberpfalz; Stimmkreis Schwandorf**

DIE LINKE fordert den vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft in Bayern bis Ende 2014.

Der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energie und moderne Energiemanagementsysteme profilieren.

Dezentrale Blockheizkraftwerke auf Gasbasis und Mini-KWK können einen Beitrag zur Systemintegration der erneuerbaren Energie leisten, wenn viele von ihnen zusammengestaltet und stromgeführt gesteuert werden. Sie können so einen Teil der schwankenden Einspeisung von Strom aus Wind und Sonne abfedern.

DIE LINKE setzt sich für ein staatliches Investitionsprogramm zur beschleunigten Erschließung von Energiespar-Potentialen ein.

Die Einrichtung eines Energiesparfonds würde weitere umfangreiche Investitionen anstoßen, Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft schaffen und einen großen Beitrag zum Klimaschutz liefern.

7. Antworten der ÖDP

- **Sebastian Frankenberger: Wahlkreis: Oberbayern;
Stimmkreis München-Schwabing**

Falls wir an der bayerischen Staatsregierung beteiligt werden, werden wir darauf hinweisen, dass Strom aus neuen AKW heute schon teurer ist als Strom aus Erneuerbaren Energien. Solarstrom hat heute schon den Preis an der Leipziger Strombörse um 2 Ct/kWh gedrückt. Wenn man also auch in Zukunft Strom für Industrie und Privathaushalte bezahlbar machen will, bleibt nur der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bayern hat hierfür noch große ungenützte Kapazitäten.

- **Steffen Scholz: Wahlkreis: Unterfranken; Stimmkreis
Miltenberg**

Ich gebe Ihnen Recht, dass gerade Bayern sich in der Vergangenheit durch eine verfehlte und nicht zukunftsorientierte Energiepolitik auszeichnete. Gerade in Bayern wurde viel zu lang und viel zu stark an Atomenergie festgehalten.

Aber auch in Bayern haben die Unternehmen und Arbeitnehmer bereits in der jüngeren Vergangenheit von der Energiewende profitiert. Denn das verstärkte Stromangebot, z.B. durch Solarstrom, hat dazu geführt, dass der Strompreis in den letzten Jahren deutlich gesunken ist. Zirka 2 Cent Strompreisverfall gehen auf die Erneuerbaren Energien zurück. Insbesondere stromintensive Unternehmen haben hiervon profitiert.

Vergleicht man den deutschen Strompreis zum Beispiel mit Frankreich, stellt man fest, dass im Atomstromland Frankreich der Strom sogar meistens teurer war als in Deutschland. Die Mär, dass Atomstrom „billiger Strom“ wäre, gehört in eine große Märchensammlung. Diese Behauptung wird auch nicht durch häufige Wiederholung richtiger.

Auch die gerne von interessierter Seite ausgesprochene Behauptung, dass „billiger Strom“ die einzige Quelle des Wohlstands wäre und Arbeitsplätze sichern würde, lässt sich nur allzu leicht widerlegen, wenn man andere Volkswirtschaften betrachtet: So ist der Strom z.B. in Spanien zumeist günstiger als in Deutschland. Aber trotzdem steht Deutschland aus vielen anderen Gründen ungleich solider da und Firmen und Arbeitnehmern geht es ungleich besser als in Spanien. Denn der Strompreis ist nur einer von vielen Standortfaktoren:

Entscheidend für den Erfolg sind also die volkswirtschaftlichen und politischen Gesamtstrukturen und Rahmenbedingungen sowie die Flexibilität der Wirtschaft. Umgekehrt waren übrigens höhere Preise schon immer Ansporn für die Entwicklung neuer Technologien gewesen. Energie einsparen sollte immer das allerhöchste Gebot sein. Und eine Marktführerschaft in energiesparenden Technologien bringt neue Chancen für innovative Unternehmen und schafft wiederum neue Arbeitsplätze.

- **Gabriela Schimmer-Göresz: Landtagsdirektkandidatin:**
Wahlkreis: Schwaben; Stimmkreis Neu-Ulm

Was die Bayerische Staatsregierung unternommen wird, kann ich nicht vorhersagen. Ich kann allerdings mitteilen, wofür ich mich als ÖDP-Abgeordnete im Bayerischen Landtag einsetzen werde.

Das Abschalten der Atomkraftwerke ist auch deshalb ein „bayerisches Problem“, weil die Staatsregierung den Ausbau der Erneuerbaren Energien „verschlafen“, bzw. bewusst torpediert hat und das auch heute noch tut (siehe Seehofer’sche Abstandsregelung für Windkraftanlagen). Es fehlen wirkungsvolle Anreizprogramme zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung.

Es ist erfreulich, dass nach harten Auseinandersetzungen jetzt endlich Einigkeit über die Unverantwortbarkeit der Atomkraft und über die Notwendigkeit der erneuerbaren Energien herrscht. Allerdings fehlt es an der nötigen Konsequenz bei der Umsetzung.

„Die deutsche (Anmerkung: und damit auch die bayerische) energieintensive Industrie hat so günstige Strompreise wie seit Anfang 2005 nicht mehr. Seit 2007 ist der Strompreis für die (energieintensive) Industrie in Deutschland geringer gestiegen als in der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten. Insbesondere die energieintensive Industrie kommt in den Genuss überbordender Privilegierungen. Dazu gehören u.a. die weitgehende Befreiung von Netznutzungsentgelten, die Kompensation für den CO2-Preis-Bestandteil des Stromgroßhandelspreises und die kostenlose Zuteilung im EU-Emissionshandel.“ (Quelle WWF, GERMANWATCH, Greenpeace und BUND).

Diese Privilegierung, mit der die Bundesregierung die energieintensive Industrie vor angeblichen Wettbewerbsnachteilen schützen will, kostet die privaten Stromverbraucher und den Steuerzahlen weit über 10 Milliarden Euro pro Jahr.

Wer hier „sozialverträglich“ handeln will, der muss überlegen, wie diese opulente Privilegierung zugunsten der privaten Haushalte reduziert wird. Denn „die Einsparungen der einen sind die Kosten der anderen“.

Der stetig steigende Anteil der Erneuerbaren Energien senkt den Strompreis an der Börse. Diesen Vorteil geben die Energieunternehmen zudem nicht an den Endkunden weiter.

Eine Energiewende, die nicht dermaßen dilettantisch daherkommt, kostet keine Arbeitsplätze, sondern schafft im Gegenteil neue, stabile Arbeitsplätze.

Die ÖDP tritt in diesem Zusammenhang für eine umfassende schrittweise Steuerreform für Arbeit und Umwelt ein. Die extrem hohen Abgaben und Steuern auf legale Arbeitsstunden sind ökologisch und ökonomisch unsinnig. Arbeit ist zu entlasten und Energie- und Rohstoff-verbrauch sind zu belasten.

Als Abgeordnete im Bayerischen Landtag würde ich eine diesbezügliche Bundesratsinitiative fordern und unterstützen.

8. Antworten der Piratenpartei

- **Benjamin Stöcker: Wahlkreis: Oberfranken; Stimmkreis Bamberg-Stadt**

Ich schätze die gleichen wie bisher. Es ist ja zu erwarten, dass die Beamten die gleichen bleiben und die CSU weiter regiert. Wenn sie mich fragen, was ICH tun würde, wäre ich Minister: Endlich dafür sorgen, dass Windkraftanlagen - und zwar in Bürgerhand - entstehen können, das wird die Arbeitskräfte in den Atomanlagen ausgleichen. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossene Sache und ich finde ihn richtig.

Den Arbeitnehmern in den Kraftwerken könnte man ggf. Umschulungsmaßnahmen anbieten, wobei ich mir sicher bin, dass sie es eher nicht benötigen, sind sie doch meist hoch gebildet. Die allgemeine Industrie wird durch den Umstieg kaum belastet, zahlt doch bisher hauptsächlich der Verbraucher die höheren Stromkosten, da die Industrie vom EEG ausgenommen ist.

- **Martin Liebe: Wahlkreis: Oberbayern; Stimmkreis München-Schwabing**

Die Piratenpartei wird sich für eine Dezentralisierung der Energieversorgung in Bayern stark machen. Dabei soll der Schwerpunkt auf regenerative Quellen wie Wasser, Sonne, Wind, Biogas und Geothermie gelegt werden.

Kleinteilige Strukturen schaffen mehr Sicherheit als große, zentralisierte Einheiten.

Der Bau neuer kleiner Kraftwerke sollte die wegfallenden Stellen bei den Atomkraftwerken abfangen können.

Unsere Vorstellung einer funktionierenden Energiewirtschaft beruht auf Nachhaltigkeit, Kooperation der Anbieter in einem transparenten Markt und nicht auf Gewinnmaximierung und Bildung von Infrastrukturmonopolen.

2. Frage

Wahlkreis: Mittelfranken

Welche konkreten Pläne und Konzepte hat die künftige Staatsregierung, damit auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie in der Metropolregion Nürnberg eine gesicherte Energieversorgung gewährleistet wird?

Antworten der Kandidaten

Dr. Peter Bauer: Freie Wähler

Es ist unabdingbar, dass unverzüglich Stromtrassen gebaut werden und die Speichermöglichkeit für den produzierten Strom erweitert wird. Auch die Smart-Grid-Steuerung sollte verwirklicht werden.

In der weiteren Abschaltung der Kernkraftwerke in Bayern sehen die FREIEN WÄHLER keine Lücken in der Versorgungssicherheit, sofern der Ausbau der Erneuerbaren Energien wie geplant stattfindet. Sollten Lücken in der Versorgung entstehen, könnten diese mit vorhandenen und regelbaren Gaskraftwerken kurzfristig überbrückt werden.

- **Angelika Weikert: SPD**
- **Helga Schmitt-Bussinger: SPD**

Die Metropolregion Nürnberg hat sich in ihrer Kompetenzinitiative für Energiethemen als ENERGIEregion Nürnberg hervorragend aufgestellt. Durch die Vernetzung der unterschiedlichen Player der Energiewende aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Energiewende in Bayern.

Wie in Frage 1 angesprochen, sind Stromerzeugung und – versorgung teilweise regional, teilweise aber auch im deutschen und europäischen Kontext zu betrachten. Gerade in der Metropolregion Nürnberg tragen Projekte wie der Energiecampus Nürnberg oder kommunale Erzeuger zu der Umsetzung der oben genannten Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung entscheidend bei.

- **Verena Osgyan: Die Grünen**

Grundsätzlich ist vorzuschicken, dass es in der Vergangenheit nicht das Ziel der Politik war, dass sich jede Region selbst versorgt, wenn auch Ziel Grüner Politik ist, die Energiewende weitgehend lokal und dezentral zu gestalten.

Gleichwohl geht es darum, mit dem Atomausstieg das hohe Maß an Versorgungssicherheit zu erhalten. Dazu ist neben einer Reihe weiterer Maßnahmen auch die Errichtung von Ersatzkapazitäten nötig, die für eine Übergangsperiode auch noch mit dem fossilen Energieträger Gas betrieben werden. Dazu gibt es für uns eine klare Prioritätenliste: dezentrale KWK-Anlagen, zentrale KWK-Anlagen und hocheffiziente GuD-Anlagen ohne KWK. Unserer Meinung nach sollten sich die Bemühungen der künftigen Staatsregierung an diesen Prioritäten orientieren. Sie kann dazu sowohl im ureigenen Bereich (der eigenen Liegenschaften), bei der Festlegung von Kriterien bei bestehenden Förderprogrammen, aber auch durch eigene neue Förderprogramme aktiv werden. Weitere Möglichkeiten ergeben sich im ordnungsrechtlichen Bereich (z.B. Bauordnung), aber auch auf der landesplanerischen Ebene und durch größere Freiheiten für die Kommunen z.B. bei der Bebauungsplanung.

Letztlich wird zur Klärung dieser Frage aber auch eine Reform des Strommarkts nötig sein. Ob dabei ein fokussierter Kapazitätsmarkt sinnvoller ist als eine strategische Reserve ist auch aus unserer Sicht noch zu prüfen.

2. Frage

Wahlkreis: Oberpfalz

Bayern wandelt sich. Während die südlichen Regierungsbezirke in Bayern an Bevölkerungswachstum zulegen, reduzieren sich die Bewohner in der Oberpfalz zunehmend. Dabei stirbt die ländliche Region aus. Fachkräftemangel, Wegfall von kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen, sowie die Bündelung schulischer Aktivitäten sind einige der Auswirkungen.

Was wird die zukünftige Staatsregierung gegen das „ausbluten“ der ländlichen Regionen unternehmen?

Antworten der Kandidaten

CSU - Landesleitung

Wir wollen alle Teile und Regionen Bayerns gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben lassen. Wir wollen deshalb das Gebot „gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Bayern“ in die Bayerische Verfassung aufnehmen. Die gleichmäßige Entwicklung aller Teile unserer Heimat hat für uns Verfassungsrang. Für diese Verfassungsergänzung haben wir eine Volksabstimmung initiiert.

Der ländliche Raum ist für die Mehrheit der Menschen Lebens- und Wirtschaftsraum und prägt maßgeblich die Identität Bayerns. Zahlreiche Förderinstrumente haben wir bereits stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume ausgerichtet. Ein Beispiel sind die Programme zur Dorferneuerung und zum Städtebau, die schwerpunktmäßig auf kleinere Städte und Gemeinden in dünnbesiedelten Regionen zugeschnitten wurden.

Ein weiteres Beispiel ist das Versorgungsstrukturgesetz mit einem umfassenden Katalog von Anreizen und finanziellen Unterstützungen, die es Ärzten erleichtern, sich in ländlichen Regionen niederzulassen.

Unser Ziel ist es, die Dörfer in ihrer Entwicklung zu stärken und dem Wegzug von jungen Menschen und Familien entgegenzuwirken. Deshalb geht es uns auch um die Unterstützung des Gemeinwesens und der Heimatkultur, um die Stärkung von Vereinen und Ehrenamt. Eine familienfreundliche Ausgestaltung im Sinne von Betreuungsplätzen oder Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche ist ebenso wichtig wie barrierefreie Zugänge.

Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind eine flächendeckende medizinische, pflegerische und soziale Versorgung sowie die gute Erreichbarkeit dieser Einrichtungen unerlässlich für die Bevölkerung im ländlichen Raum. Der Erhalt von Landärzten, wohnortnahen Schulen und Nahversorgungsmöglichkeiten sind Grundvoraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse gegenüber der städtischen Bevölkerung.

Zudem werden wir die Mobilität im ländlichen Raum durch den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sichern. Der ländliche Raum muss an den Schienen- und Busverkehr gut angeschlossen bleiben. Dort wo der öffentliche Linienverkehr nur eingeschränkt aufrecht zu erhalten ist, setzen wir auf innovative Ansätze, wie Rufbusse, Senioren- und Jugendtaxen, Mitfahrzentralen sowie kombinierte Personen- und Gütertransporte.

Weitere Faktoren zur Schaffung gleichwertiger Teilhabemöglichkeiten sind der flächendeckende Breitbandausbau sowie die dezentrale Umsetzung der Energiewende.

Wir gewährleisten eine effiziente Förderung der ländlichen Regionen. Dabei setzen wir auf das Engagement der Menschen vor Ort. Wir werden die Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) und "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) sowie die Regionalförderung LEADER noch stärker vernetzen und besser bündeln. Die GAK soll zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum ausgebaut werden. Wir wollen sie um 200 Millionen Euro jährlich aufstocken, um die Kürzungen in der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik aufzufangen. Regionalbudgets wollen wir vermehrt einsetzen, denn die Menschen vor Ort wissen am besten, welche Entwicklungskonzepte für sie die besten sind. Leader ist ein seit Jahrzehnten bewährtes Förderinstrument, das auf die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt ganzer Regionen ausgerichtet ist.

Mit dem Dienstleistungsangebot „Ländliche Entwicklung“ steht der Freistaat Bayern bestens da, wenn es darum geht, Regionen, Dörfer und Landschaften weiter zu entwickeln und zu stärken. Seit 2007 haben die landesweit rund 70 Millionen Euro Zuschüsse für rund 1.050 Projekte Investitionen von fast 200 Millionen Euro ausgelöst. Diese Projekte schaffen regionale Wertschöpfungsketten und wohnortnahe Arbeitsplätze, stärken die regionale Identität und bringen Urlauber in die Region. Bayernweit gibt es 58 Leader-Aktionsgruppen. Sie werden auch in der neuen EU-Förderperiode nach 2014 eine wichtige Rolle spielen.

Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung der ländlichen Räume Bayerns ist auch die interkommunale Zusammenarbeit. Nur über Gemeinde- und Fachbereichsgrenzen hinweg können wir langfristig eine bezahlbare Infrastruktur und ein flächendeckendes Netz an Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Wir setzen gezielt auf Kreativität und Eigeninitiative der Gemeinden und ihrer Bürger, um maßgeschneiderte Lösungen für jedes Dorf und jede Region zu entwickeln. Mittlerweile gibt es in Bayern 80 kommunale Allianzen mit insgesamt 600 Gemeinden, die im Rahmen einer Integrierten Ländlichen Entwicklung gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten.

- **Margit Wild: SPD**

Wir werden den Grundgesetzauftrag - und bald auch Auftrag der Bayerischen Verfassung - zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für ganz Bayern umsetzen. Dafür wollen wir die Lebensqualität im ländlichen Raum in Bayern erhalten und steigern, auch und gerade unter den Herausforderungen des demographischen Wandels. Die SPD will ein Land im Gleichgewicht schaffen, denn die Abwanderungsprobleme der ländlichen Regionen sind die Wachstumsprobleme der städtischen Regionen und Ballungsräume. Wir werden individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen erarbeiten, denn kein ländlicher Raum ist wie der andere. Den Kommunen soll mehr finanzielle Selbstverantwortung gegeben und dafür sollen Regionalbudgets geschaffen werden. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wie mit Fördergeldern ein Maximum an Wirkung erreicht werden kann. Wir fordern einen Anschluss an schnelles Internet für alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Wir sehen schnelles Internet als Teil der Daseinsvorsorge wie einen Telefon- oder Stromanschluss und damit den Freistaat in der Verantwortung. Eine regionale Strukturpolitik muss angestoßen werden, die statt ausschließlich auf Cluster, Größe und Leuchttürme zu setzen regionale Wachstumskerne stärkt. Wir werden die Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen nutzen und so die regionale Wertschöpfung optimieren. Unser Fokus liegt dabei auf Bürgerbeteiligung und kommunalen Energieunternehmen.

- **Heidi Kaschner: Die Linke**

Die Bayerische Entwicklung scheitert, wenn sie weiterhin auf Ballung in Zentren setzt. Sie kann gelingen, wenn sie Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum und in den Zentren zusammen denkt und plant. Die regionalen Bedingungen sind entschieden dafür, aus welchen Elementen eine nachhaltige Entwicklung bestehen kann.

DIE LINKE setzt auf die demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit, denn vor Ort kann am besten erarbeitet werden, welche sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards gelten müssen.

Zur Stützung des ländlichen Raumes und für eine solidarische Landespolitik ist es erforderlich, der überhitzten Entwicklung im Raum München entgegenzuwirken. Dies kann geschehen durch eine gezielte dezentrale Ansiedlung standortunabhängiger Behörden, aber auch durch die Förderung von Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

- **Jürgen Mistol: Die Grünen**

Wir Grüne stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Durch staatliche Steuerungs- und Fördermaßnahmen werden wir die Voraussetzungen für Entwicklungen machen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Dazu gehören neben den in der Antwort zu Frage 1 angesprochenen Maßnahmen im Bereich der Energiewende wie Photovoltaik und Windkraft der Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten

Zur Bekämpfung des wachsenden Gefälles zwischen den Regionen in Bayern werden wir eine integrierte Regionalpolitik mit ressortübergreifenden Förderschwerpunkten durchführen. Hierzu wollen wir Genossenschaften ebenso wie landwirtschaftliche ErzeugerInnen und Dorfladeninitiativen fördern. Das Beratungsangebot insbesondere im Bereich der Unternehmensgründungen für den Mittelstand werden wir verbessern, die Förderprogramme durchforsten und bürokratische Hürden abbauen.

Dem drohenden Fachkräftemangel muss durch eine gute Aus- und Weiterbildung entgegengesteuert werden. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen muss forciert werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, Und nicht zuletzt brauchen wir auch eine weltoffene Gesellschaft, damit gut ausgebildete Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht einen großen Bogen um die Oberpfalz machen.

Mit einer Öffnungsklausel wollen wir den Gemeinden ermöglichen, Gemeinschaftsschulen zu entwickeln. Nur mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit wird es möglich sein, so viele Schulen wie möglich im ländlichen Raum erhalten zu können.

- **Ulrich Lechte: FDP**

Der Erhalt und die Stärkung der Funktionsfähigkeit aller Teilräume Bayerns sind für Bayern als Flächenstaat von enormer Bedeutung. Deshalb steht die FDP vollumfänglich hinter dem Leitziel der Bayerischen Staatsregierung - „Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen“. D.h. es soll allen Bürgern unabhängig von ihrem Wohnort der Zugang zu Arbeit, Bildung, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum und Erholung zur Verfügung stehen. Durch das sogenannte Vorhalteprinzip wird sichergestellt, dass der Gewährleistung einer dauerhaften Versorgung der Bevölkerung mit zentralörtlichen Einrichtungen in zumutbarer Erreichbarkeit insbesondere in Teilräumen, die besonders vom demographischen Wandel betroffen sind, der Vorzug gegenüber Auslastungserfordernissen eingeräumt wird.

Der flächendeckende Erhalt und Ausbau von Schulen ist der FDP ein wichtiges Anliegen, das weiterhin forciert wird.

Mobilität wollen wir allen Bürger, auch in Gebieten mit schrumpfender Bevölkerung ermöglichen. Dabei werden im ländlichen Raum vor allem alternative ÖPNV-Konzepte eine besondere Rolle spielen. Deshalb wollen wir Fahrgemeinschaften unterstützen, die häufig aufgrund eines eingeschränkten ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum die einzige Mobilitätsmöglichkeit darstellen. Zu den möglichen Lösungen zählen auch Anrufsammeltaxis oder Kleinbusse.

Wir wollen innovative Firmengründungen im ländlichen Raum in besonderem Maße fördern und die Ansiedlungspolitik für den ländlichen Raum verstärken, um Arbeit zu den Menschen zu bringen. Dafür werden wir auch die Breitbandinfrastruktur überall in Bayern voranbringen. Nur ein attraktives Arbeitsplatzangebot vor Ort verhindert die Abwanderung.

Zudem werden wir den Aktionsplan demographischer Wandel, der 2011 ins Leben gerufen wurde, weiterhin mit Nachdruck unterstützen. Insgesamt werden bis 2016 1,3 Milliarden Euro für maßgeschneiderte Hilfe für Regionen mit besonderem demographischen Druck zur Verfügung gestellt.

Unser besonderer Focus liegt auf dem Mittelstand und privaten Investitionen. Wir wollen für ausreichende Kredite über das bewährte Mittelstandskreditprogramm sorgen. Das wirksamste Instrument ist die Regionalförderung, die wir weiter voranbringen wollen. Bereits in diesem Jahr wurde sie unter Führung von FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil auf das Rekordniveau von 140 Millionen Euro angehoben. 45 Millionen Euro sind für Demographieregionen vorgesehen. 95% der Regionalfördermittel fließen ohnehin in den ländlichen Raum. Seit 2008 konnten mit 775 Millionen Euro Fördermitteln Investitionen in Höhe von sechs Milliarden Euro verwirklicht und 137.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- **Tanja Schweiger: Freie Wähler**

Um dem Wegzug aus dem ländlichen Räumen aufzuhalten, müssen vor Ort genügend attraktive Arbeitsplätze vorhanden sein. D.h. eine Infrastruktur mit gut ausgebauten Straßen, einer guten Schienenanbindung und einem leistungsfähigen ÖPNV ist ebenso wichtig wie eine schnelle Breitbandversorgung und gute Schulen.

Auch der Staat darf nicht immer mehr junge Lehrer, Polizisten, Finanzbeamte etc aus dem ländlichen Regionen abziehen. Durch den Zuzug in die Ballungsräume entstehen nämlich auch dort große Konfliktpotentiale. Bezahlbarer Wohnraum, Schulen, und Kinderbetreuungseinrichtungen werden immer knapper. Viele Rentner können sich ihre Miete nicht mehr leisten.

Daher muss die Landespolitik, die ländlichen Räume als Wirtschaftsstandort attraktiv gestalten.

2. Frage

Wahlkreis: Oberbayern

Welches sind die energieintensiven Unternehmen Ihres Wahlkreises Oberbayern? Mit welchen Unternehmen(den Geschäftsführungen/ den Betriebsräten) haben Sie im Laufe der aktuellen Wahlperiode/ des laufenden Wahlkampfes den Austausch und das Gespräch gesucht, um die Bedürfnisse und Nöte dieser Betriebe in Sachen Energieversorgung/ -preise kennen zu lernen ?

Das OMV-Gas-Kraftwerk Haiming ist faktisch fertig geplant, jedoch wird aufgrund der unsicheren, kaum planbaren Ertragslage des Kraftwerks (Einspeisevorrang Erneuerbare und dadurch unstetige Energieabnahme), sowie durch fehlende Genehmigung der Stromleitungstrasse in Niederbayern, der Bau nicht begonnen.

Wie können, aus ihrer Sicht, dem Kraftwerksbetreiber planbare Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb des Kraftwerks (ohne Subventionierung, denn darauf legt der Betreiber OMV wert) gewährleistet werden?

- **Sebastian Frankenberger: ÖDP**

In meinem Wahlkreis München-Süd ist Siemens der größte Arbeitgeber. Auch in den anderen Großbetrieben meines Wahlkreises sind die Sorgen der Arbeitnehmer am allerwenigsten die "Bedürfnisse und Nöte dieser Betriebe in Sachen Energieversorgung/ -preise". Denn es gibt hier ein gutes Strom-Angebot aus einem breiten Mix von Energiequellen, das unabhängig von künftigen Kohle-, Gas- und Uranpreiserhöhungen ist, und das sich im gesamt-europäischen Vergleich als günstig erweist. Die gravierendste Sorge der Arbeitnehmer ist in den meisten Betrieben die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die durch Rationalisierungsmaßnahmen, Absatzprobleme und den Verkauf von Betrieben gefährdet wird.

3. Da Gaskraftwerke sowohl als Grundlastkraftwerke, als auch für Spitzenlast gefahren werden können, wird die Wirtschaftlichkeit von Gaskraftwerken in Deutschland weniger durch den Vorrang der Einspeisung aus Erneuerbaren Energien, als durch den Vorrang der Kohlekraftwerke, insbesondere der Braunkohlekraftwerke, verschlechtert. Denn beim CO₂-Emissionshandel werden Gaskraftwerke im Vergleich zu Kohlekraftwerken so schlecht gestellt, dass ihr Betrieb unwirtschaftlich ist. Gaskraftwerke sind nach den Plänen der vorletzten Bundesregierung keine Konkurrenz für die Erneuerbaren Energien, sondern eine nötige Ergänzung. Die heutigen Regeln für den Emissionshandel, die den tatsächlichen CO₂-Ausstoß kaum berücksichtigen, bedeuten dagegen einen erheblichen Eingriff in die Marktwirtschaft.

- **Brigitte Wolf: Die Linke**

In der Region München sind zahlreiche energieintensive Unternehmen angesiedelt. Das beginnt bei BMW, geht weiter zu MAN und Krauss Maffei. Es gilt jedoch auch für die zahlreichen Forschungszentren und Kliniken in der Stadt. Und natürlich auch für den öffentlichen Nahverkehr in München, der sicherlich zu einem der größten lokalen Energieverbraucher gehört.

Aus der Münchner Region ist da keine großes Gejammere zu hören. Ich habe den Eindruck, die Firmen beschäftigen sich eher damit, ihre Energieversorgung effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten. Zahlreiche Projekte von Fernwärme und Fernkälte sprechen dafür.

Gaskraftwerke sind insbesondere auch in Bayern, wo erhebliche Mengen Kraftwerks-Kapazität wegen des Atomausstiegs konzentriert wegfallen, eine notwendige Brückentechnologie. Sie sind vergleichsweise emissionsarm und schnell regelbar. Das Strommarktdesign muss so neugestaltet werden, dass für die Energiewende benötigte Gaskraftwerke rentabel zu betreiben sind. Eine Nutzung der Abwärme sollte stets mitgeplant werden.

Moderne Gas-Kraftwerke leisten im übrigen auch als Blockheizkraftwerke einen Beitrag zur Systemintegration der erneuerbaren Energien, sofern sie stromgeführt gefahren werden. Ein Teil der jetzigen AKW-Kapazität sollte durch diese dezentrale Erzeugungsform ersetzt werden. Dazu müssten BHKWs über das KWK-G eine höhere Förderung erfahren (Flexiprämie). Vor allem aber sollen erneuerbare Energien - ggf. auch durch Stromimporte aus anderen Teilen der Bundesrepublik - sowie Energieeinsparung jene Lücke füllen, welche durch den Atomausstieg in Bayern infolge des außergewöhnlich hohen Atomstromanteils entsteht.

Eines ist für uns sicher: Die Zeit der großen Monopolgewinne im Energiesektor sind vorbei. Die Zukunft gehört der vorrangig dezentralen Energieerzeugung, der effizienten Energienutzung und der Verbrauchsreduktion.

- **Margarete Bause: Die Grünen**

Es gibt keine offizielle Liste und kein anerkanntes Kriterium für die Einstufung als energieintensives Unternehmen. Als Anhaltspunkt kann man aber beispielsweise die Unternehmen als energieintensiv einstufen, die die besondere Ausgleichsregelung nach § 40ff EEG für sich in Anspruch nehmen wollen. Der Kreis, der in diesem Sinne energieintensiven Unternehmen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich ausgeweitet. Diese Listen sind einschlägig veröffentlicht und umfangreich (in Bayern zuletzt mehr als 250 Betriebe, Tendenz steigend). Wir ersparen uns an dieser Stelle, diese Listen zu bearbeiten und nach einem „oberbayerischen“ Filter auszusortieren.

Wir führen als Fraktion auch keine Statistik darüber, welche unserer neun oberbayerischen Abgeordneten in den vergangenen fünf Jahren welche Betriebe besucht haben und welche davon als energieintensiv eingestuft werden. Wir können Ihnen aber versichern, dass wir sowohl mit Unternehmen des „Chemiedreiecks“, den oberbayerischen Automobilherstellern und der Papierindustrie sowie der Energiewirtschaft häufig Gespräche geführt haben.

Flexible hocheffiziente moderne Gaskraftwerke, wie eines davon von der OMV in Haiming geplant wird, sind derzeit nicht konkurrenzfähig. Um einen wirtschaftlichen Betrieb ohne Subventionen zu ermöglichen, müssen daher die Rahmenbedingungen des Strommarkts geändert werden. Derzeit sind Atom- und Braunkohlekraftwerke aus unterschiedlichen Gründen (externe Kosten werden von der Gesellschaft, d.h. vom Steuerzahler und nachfolgenden Generationen getragen) die schärfsten und schädlichsten Konkurrenten von Gaskraftwerken.

Eine schnellere Stilllegung von Atom- und Braunkohlekraftwerken kann dies ändern. Dies kann auf verschiedene Arten erreicht werden: durch ordnungspolitische Regelungen, wie etwa einem Braunkohleausstiegsgesetz, durch marktwirtschaftliche Instrumente wie einem starken Emissionshandel, oder durch neue Strommarktmodelle (Stichwort: Kapazitätsmechanismen).

Das tatenlose Zusehen der letzten Jahre sollte auf alle Fälle möglichst schnell ein Ende haben.

- **Martin Liebe. Piratenpartei**

Da Energiepolitik bisher nicht zu meinen Politikschwerpunkten gehört, könnte ich hier nur mutmaßen, was ich nicht machen möchte.

Aus diesem Grund habe ich bisher auch keinen persönlichen Kontakt zu diesen Unternehmen gesucht, um mit ihnen über Energiepolitik zu sprechen.

Frage 3:

Es liegt nicht am Staat, einem Unternehmer einen sicheren Gewinn und Ertrag für sein geplantes Kraftwerk zu gewährleisten. Ein Kraftwerk durch die OMV ist eine privatwirtschaftliche Investition, von der inzwischen nicht einmal mehr die beteiligten Städte überzeugt sind, dass diese in ihrem Gebiet auch nur ansatzweise tragfähig sind. Einen großen Konzern wie die OMV hier Dinge zu gewährleisten, die nicht sicher sind, wäre fahrlässig. Allerdings würde eine bessere Informationspolitik auf allen beteiligten politischen Ebenen - Beispielsweise durch umfangreiche(!) Informationsfreiheitssatzungen auf Kreis/Gemeinde- und Bezirksebene, bzw. ein ausführliches Transparenzgesetz auf Landesebene die Planung für Unternehmer vereinfachen, da sie so bereits in der Planungsphase auch einfacher an entsprechende Strukturdaten und politische Meinungsbilder der entsprechenden Unternehmungsgebiete zugreifen können.

Für solche Satzungen und ein Transparenzgesetz setzen wir Piraten uns besonders ein.

- **Tim Weidner: SPD**

Größter Arbeitgeber im Landkreis Starnberg ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen sowie in dessen unmittelbarer Nachbarschaft die RUAG als Produktionsbetrieb, mit deren Geschäftsführung und Betriebsräten ich in einem regelmäßigen Informations- und Meinungs austausch bin. Auch schon vor dem Wahlkampf stand ich als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und als freigestellter Betriebsrat in regelmäßigem Kontakt mit den vielen mittelständischen Unternehmen im Landkreis.

Ich stehe aus voller Überzeugung für hocheffiziente Erdgaskraftwerke, die Grundlasten der Atomkraftwerke ersetzen und eine Stabilitätsgarantie in der Stromversorgung bieten. Für das Gaskraftwerk Haiming ist es aus meiner Sicht wichtig, die notwendigen Planfeststellungsverfahren möglichst bald abzuschließen, um so endlich Planungssicherheit zu gewährleisten.

- **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, MdL: SPD**

*Auf Grund meiner Zuständigkeiten für die Bayerischen Polizei sowie für
Seniorenpolitik habe ich keines der energieintensiven Unternehmen in
Oberbayern besucht.*

- **Markus Rinderspacher, MdL: SPD**

In Oberbayern gibt es vor allem energieintensive Unternehmen in der Chemieindustrie (Alzchem Trostberg etc.) Zementfabriken, Unternehmen der Mineralölverarbeitung (Bayernoil Vohburg, OMV Burghausen), Verkehrsbetriebe wie die SWM, Papier- und Kartonagenfabriken, Gießereien und Futtermittelhersteller sowie die Automobilindustrie mit BMW und Audi..

Persönlich habe ich auf meiner Industrietour durch ganz Bayern Industriebetriebe der Branchen Glas, Porzellan, Stahl- und Metallverarbeitung und Chemie besucht und dabei auch Gespräche über die Energieversorgung geführt.

Bayern ist ein qualitativ hochwertiger Industriestandort. Diesen wollen wir erhalten. Vor allem große Produktionsbetriebe mit hohem Energiebedarf , die im internationalen Wettbewerb stehen, bedürfen einer Ausnahmeregelung und sind auch in der Bafa-Liste enthalten. Eine Ausweitung der Ausnahmeregelung lehnen wir allerdings ab. Die Kosten der Umstellung unseres Energiesystems dürfen nicht auf die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes abgewälzt werden. Unsere Empfehlung lautete bereits im Oktober 2012 in unserem Dringlichkeitsantrag (Drucksache 16/14098), die Ausweitung der Industrieprivilegien und damit die erweiterte Befreiung von Großverbrauchern von den Kosten für die Energiewende zurückzunehmen. Ziel ist es Handwerk, Mittelstand und traditionelle Branchen stärken. Nur so ist die Energiewende in Bayern umsetzbar.

Wir brauchen für den Ausbau erneuerbarer Energien in Bayern effiziente Leitungsnetze und flexible Kraftwerke (hocheffiziente Erdgaskraftwerke), die Grundlasten der Atomkraftwerke ersetzen und eine Stabilitätsgarantie in der Stromversorgung bieten können. Gleichzeitig gilt, dass die Wertschöpfung der Investitionen in die Erneuerbaren Energien in der Region verbleibt. Die einseitige Beschränkung auf Gasgroßkraftwerke als Basis einer rein zentralistischen Versorgungsstruktur widerspricht einer dezentralen Energieversorgung.

In Fall des flexiblen Gaskraftwerkes Haiming ist es notwendig, das Planfeststellungsverfahren des benötigten Netzausbaus möglichst bald abzuschließen, um so Planungssicherheit zu gewährleisten.

2. Frage

Wahlkreis: Niederbayern

Der Atomausstiegsbeschluss bewirkt in der Zukunft auch das Abschalten des Kernkraftwerkes Isar I und Isar II. Das Abschalten wird eine Energielücke in der Region Niederbayern hervorrufen.

Welche Bemühungen wird die künftige Staatsregierung unternehmen, um Investoren zu finden für die Errichtung von Ersatzkraftwerken, damit die Energieversorgung in Zukunft in dieser Region weiterhin uneingeschränkt gewährleistet werden kann?

Peter Stranninger: SPD

Ebenso wie Bayern keine Strominsel ist, ist auch die Stromversorgung in Niederbayern in einem Verbundsystem zu betrachten. Der Systemwechsel, der mit der Energiewende vollzogen bedingt, dass ehemals zentrale Stromanbieter, die das Stromangebot aufrechterhielten zu dezentralen Anbietern werden, die regional eine feingliedrigere Stromnachfrage bedienen.

Es ist Aufgabe des Staates, für regionale Ausgeglichenheit zu sorgen. Dabei ist zu prüfen, ob staatliche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind.

Die Umstellung auf die dezentrale Versorgungsstruktur kann besonders für die Region Niederbayern nach dem Abschalten des Kernkraftwerkes auch Standortvorteile bedeuten. Die gut ausgebaute Netzinfrastruktur, die auf große Strommengen ausgerichtet ist, kann für Investoren von Interesse sein.

Johanna Werner-Muggendorfer: SPD

Dezentrale Energiewende schafft (und sichert) Arbeitsplätze. Wertschöpfung muss vor Ort stattfinden. LEP muss Vorgaben machen.

Es muss ein Projektplan für Netzausbau und konkrete Umsetzungsschritte geplant werden.

Verbraucher müssen Nutznießer der Energiewende werden.

Bernhard Roos: SPD

Isar I ist seit Sommer 2011 abgeschaltet und wird heruntergefahren, ohne das dies auf die Versorgungssicherheit negativen Einfluss genommen hatte. Obwohl bundesweit 8 AKW's vom Netz genommen worden waren, ist die Bundesrepublik größter Stromexporteur Europas, was an der Leipziger Strombörse zu extrem niedrigen Preisen bis in den Minusbereich führt mit der unerfreulichen Nebenfolge per EEG-Umlage dennoch die Einspeisevergütungen gewährleisten zu müssen.

Niederbayern ist führend im Anteil bei Photovoltaik und Biogas, zudem besteht hohes Potential bei der Windkraft. Durch intelligente Vernetzung dieser Anlagen mit der Grundlast der Wasserkraftwerke und dem zu bauenden - von mir unterstützten - Pumpspeicherkraftwerk Riedl muss die Substitution der ab 2022 (Abschaltung Isar II) fehlenden Atomstrommengen von außerhalb Bayerns kommen. Dazu dient die Thüringer Strombrücke nebst weiteren Nord-Süd-Trassen. Außerdem sehen wir große Chancen, die Speicherfähigkeit von Österreich und Schweiz zu nutzen.

Für kurzfristige Spitzenlast ist der Kraftwerksstandort Pleinting bei Vilshofen vom jetzigen Status der Kaltreserve in ein Gas-Dampfkraftwerk neuester Technologie umzubauen, was jedoch für einen potentiellen Investor die gleiche Lösung abverlangt wie unter Frage 1 schon ausgeführt. Genauer formuliert heißt dies, entweder die Bereithaltung der Energieproduktion zu vergüten oder die Spitzenabdeckung mit höheren Sätzen zu entgelten.

Jürgen Barthel: Die Linke

Im Gegensatz zu der Regierung aus CSU und FDP, will die LINKE kein Umsteuern hin zu Kohlekraftwerken. Diese sind wegen ihres hohen CO2 Ausstoßes keinesfalls umweltverträglich. Schon jetzt sind viele Landkreise in Niederbayern "energieautarg" Um auch hier Spitzenlasten und Tage ohne Wind und Sonne zu überbrücken setzt die LINKE auf Gaskraftwerke, wie sie z.B. in Pleinting problemlos und ohne viel Aufwand zu machen wären. Stattdessen schalten die Energieversorger diese relativ sauberen Kraftwerke ab um ihre Dreckschleudern mit weitaus höheren Gewinnen weiter betreiben zu können. Die Betreiber der Atommeiler sollten die tatsächlichen Kosten dieser lebensgefährlichen Technik, wie z.B. den Rückbau, Beträge für einen möglichen Unfall (Kernkraftwerke können nicht gegen einen GAU versichert werden) etc., endlich offen legen und auch bezahlen müssen, damit die Investoren erkennen auf welches Pferd sie damit setzen. Legt man diese Kosten, die bis jetzt der Allgemeinheit angelastet werden, auf die Stromkosten um, so erhält man einen Preis, der weit, weit jenseits des Preises für eine Kilowattstunde am heutigen Tag ist und der diese Technologie als das entlarvt, was sie ist: gefährlich und teuer ohne Ende!

Die Beschäftigten in dieser heiklen Branche brauchen unsre volle Unterstützung. Sie werden auch weiterhin gebraucht, z.B. für den Rückbau, den Betrieb der umweltfreundlichen Kraftwerke, als Berater und für vieles mehr. Ihnen gilt unsere volle Solidarität und wir wollen diesen Menschen helfen nicht den Unternehmen, die monopolgleich uns über ihr Preisdiktat die Energiewende madig machen wollen.

Hubert Aiwanger: Freie Wähler

Das Atomkraftwerk Isar I ist bereits abgeschaltet. In der weiteren Abschaltung des AKW Isar II in 2022 sehen wir bis dahin keine Lücke in der Versorgungssicherheit, sofern der Ausbau der Erneuerbaren Energien wie geplant stattfindet.

Sollten Lücken in der Versorgung entstehen, könnten diese mit vorhandenen und regelbaren Gaskraftwerken kurzfristig überbrückt werden.

2. Frage

Wahlkreis: Schwaben

Der Atomausstiegsbeschluss bewirkt in der Zukunft auch das Abschalten des Kernkraftwerkes Grundremmingen. Das Abschalten wird eine Energielücke in der Region Schwaben hervorrufen.

Welche Bemühungen wird die künftige Staatsregierung unternehmen, um Investoren zu finden für die Errichtung von Ersatzkraftwerken, damit die Energieversorgung in Zukunft in dieser Region weiterhin uneingeschränkt gewährleistet werden kann?

Thomas Gehring: Die Grünen

Grundsätzlich ist vorauszuschicken, dass es in der Vergangenheit nicht das Ziel der Politik war, dass sich jede Region selbst versorgt. Oberbayern ist seit Jahrzehnten gut damit gefahren von den Stromimporten aus Niederbayern und Schwaben zu leben.

Gleichwohl geht es darum, mit dem Atomausstieg das hohe Maß an Versorgungssicherheit zu erhalten. Dazu ist neben einer Reihe weiterer Maßnahmen auch die Errichtung von Ersatzkapazitäten nötig, die für eine Übergangsperiode auch noch mit dem fossilen Energieträger Gas betrieben werden. Dazu gibt es für uns eine klare Prioritätenliste: dezentrale KWK-Anlagen, zentrale KWK-Anlagen und hocheffiziente GuD-Anlagen ohne KWK. Unserer Meinung nach sollten sich die Bemühungen der künftigen Staatsregierung an diesen Prioritäten orientieren. Sie kann dazu sowohl im ureigenen Bereich (der eigenen Liegenschaften), bei der Festlegung von Kriterien bei bestehenden Förderprogrammen, aber auch durch eigene neue Förderprogramme aktiv werden. Weitere Möglichkeiten ergeben sich im ordnungsrechtlichen Bereich (z.B. Bauordnung), aber auch auf der landesplanerischen Ebene und durch größere Freiheiten für die Kommunen z.B. bei der Bebauungsplanung.

Letztlich wird zur Klärung dieser Frage aber auch eine Reform des Strommarkts nötig sein. Ob dabei ein fokussierter Kapazitätsmarkt sinnvoller ist als eine strategische Reserve ist auch aus unserer Sicht noch zu prüfen.

Christine Kamm: Die Grünen

Die Energieversorgung kann nicht nur schwabenweit betrachtet werden, Gundremmingen lieferte seinen Strom nicht nur nach Schwaben.

Bemerkenswert ist, dass der moderne fünfte Block der Kraftwerke Irsching, erst vor zwei Jahren errichtet, und mit einem Wirkungsgrad von 59,7 % hocheffizient, weitestgehend still steht. Die Stromkunden zahlen nun – zusätzlich zur der Vergütung nach der geltenden Verordnung, nach der das Bereithalten von Reservekraftwerken vergütet wird, noch mal einen zweistelligen Millionenbetrag jährlich für dieses Kraftwerk. Solange dieses Kraftwerk nicht wirklich genutzt wird, wird es kaum möglich sein, weitere Investoren zu finden, die moderne GuD – Kraftwerke nicht nur projektieren, sondern auch errichten.

Der Emissionshandel muss wieder seine Aufgabe erfüllen, dazu müssen Zertifikate aus dem Markt genommen werden. Wir verstromen viel zu viel klimaschädliche Braunkohle. Wir brauchen statt Kohle und Atom Kraftwerke die wirklich nur dann laufen, wenn Sonne und Wind nicht liefern können. Diese Tage hat RWE verkündet, wegen des Überflusses an Kraftwerken, der zu einem dramatischen Preisverfall an der Strombörse führt, netto 4.265 MW (Megawatt) Kraftwerkskapazität still legen zu wollen. Deutschlands größtes Kernkraftwerk, das AKW Gundremmingen, hat eine Nettokapazität von 2.568 MW. Die Kraftwerke Gundremmingen sind nicht nur gefährlich, sondern auch aus Sicht der Betreiber für die Stromversorgung überflüssig.

Je schneller wir aus Atom und Kohle aussteigen, um so eher werden sich Investoren für moderne GuD-Kraftwerke finden. Die zur Umstrukturierung erforderlichen Ergänzungen am Stromnetz müssen sachgerecht und schnell in Angriff genommen werden. Mein Vertrauen in die privaten Stromnetzbetreiber ist begrenzt, ich wünsche mir das Stromnetz in öffentlicher Hand und öffentlicher Kontrolle.

Dr. Linus Förster: SPD

Ebenso wie Bayern keine Strominsel ist, ist auch die Versorgungssicherheit in Schwaben im Verbundsystem zu lösen. Der Systemwechsel der Energiewende macht vorher zentrale Stromanbieter, die das Stromangebot aufrechterhielten zu dezentralen Anbietern, die regional eine feingliedrigere Stromnachfrage bedienen.

Es ist Aufgabe des Staates, für regionale Ausgeglichenheit zu sorgen. Dabei ist zu prüfen, ob staatliche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind. Daneben ist auf die schwierige Sicherheitslage beim Kernkraftwerk Gundremmingen hinzuweisen. Erst in Mitte August 2013 musste der Block B vom Netz genommen werden, da eine Leckage festgestellt wurde. Bei der Jahresrevision 2011 sind beschädigte Brennelemente gefunden worden; kurz darauf wieder. Nutzen und Risiko für die Menschen in Bayerisch-Schwaben stehen hier in keinem Verhältnis.

Die Umstellung auf die dezentrale Versorgungsstruktur kann besonders für die Region Schwaben nach dem Abschalten des Kernkraftwerkes Gundremmingen Standortvorteile für Ersatzkraftwerke bieten. Die Region bietet bereits eine ausgebaute Netzinfrastuktur, die auf große Strommengen ausgerichtet ist.

Harald Güller, MdL: SPD

Identische Antwort wie Dr. Linus Förster und zusätzlich Folgendes:

Wie bei Frage 1 ausgeführt muss Block B in Gundremmingen allerspätestens 2017 abgeschaltet werden, Block C 2021. Auch aufgrund der aktuellen Situation ist auf die schwierige Sicherheitslage beim Kernkraftwerk Gundremmingen hinzuweisen. Erst Mitte August 2013 musste der Block B vom Netz genommen werden, da eine Leckage festgestellt worden war. Bei der Jahresrevision 2011 sind beschädigte Brennelemente gefunden worden; kurz darauf dann wieder. Und in Gundremmingen werden große Mengen von Atommüll aus dem Kraftwerk zwischengelagert, ohne dass die Frage der Entsorgung auch nur annähernd geklärt ist. Nutzen und Risiko für die Menschen in Bayerisch-Schwaben stehen hier in keinem Verhältnis.

Zusammenfassend: Um Investoren für Ersatzkraftwerke, den Netzausbau und auch die Schaffung von Speicherkapazitäten für produzierte erneuerbare Energien zu finden ist neben einer guten, schlüssigen und ausgereiften Planung vor allem eines notwendig: Die Pläne müssen dann auch realisiert werden.

Es darf nicht, wie derzeit in der Regierung Seehofer, einen fast wöchentlichen Kurswechsel geben. Verlässlichkeit ist gefragt! Dafür steht die SPD.

Gabriela Schimmer-Göresz: ÖDP

Die Behauptung einer Stromlücke wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Diesbezügliche Debatten können ernsthaft nur auf der Grundlage belastbarer Fakten und Zahlen geführt werden.

Wir brauchen ein massives, auf 5 Jahre konzentriertes Förderprogramm zur Energieeinsparung in allen Bereichen (öffentliche Gebäude, Industrie, Gewerbe, private Haushalte, Verkehr). Einsparung, Effizienzsteigerung und Einsatz erneuerbarer Energien sind in dieser Kombination unverzichtbar. Abgesehen von den Effekten für den verbleibenden Energiebedarf liegt hier ein großer Bedarf für Arbeitsplätze.

Nach Ausschöpfung aller Einsparpotentiale und Steigerung der Effizienz kann und muss sich Bayern nachhaltig mit Strom versorgen. 100 Prozent Erneuerbare Energie ist möglich in einem Mix von ein Drittel Solar, ein Drittel Wind, ein Sechstel Wasser und ein Sechstel Biomasse. Bayern muss vor allem sein Windkraftpotenzial nutzen.

Wir sprechen uns für ein zeitigeres Abschalten der beiden Blöcke B + C in Gundremmingen und gegen die beantragte Leistungserhöhung aus.

Allein für eine gewisse Übergangszeit sind moderne GUD-Kraftwerke vorstellbar, die teilweise gebaut und nicht in Betrieb genommen werden oder geplant sind und nicht gebaut werden, weil sie in Konkurrenz zu den noch laufenden Atomkraftwerken unwirtschaftlich sind. Das lässt sich durch ein vorzeitiges Abschalten aller Atomkraftwerke sofort ändern.

„Investoren“ für „die Energieversorgung der Zukunft“ sind für uns Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen auch bei der Energie auf größtmögliche Regionalität.

Energie muss dort erzeugt werden, wo sie verbraucht wird. Das erspart einen teuren und in der Planung/Umsetzung langwierigen Trassenbau über mehrere tausend Kilometer.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass das nicht die Antworten sind, die Ihren Verband zufrieden stellen. Aus Verantwortung für unsere Kinder, Enkel und künftige Generationen brauchen wir einen vernünftigen gesellschaftsförderlichen Rahmen für unser Wirtschaften und Konsumieren. Ständiges Wachstum ist eine Lebenslüge und nachhaltiges/grünes Wachstum ein Mythos. Wir müssen daher dafür Sorge tragen, einen Ausweg aus der Leitkultur der Verschwendung zu finden, auch und insbesondere, um teure Katastrophen zu verhindern oder auch nur zu mildern.

In diesem Sinne empfehle ich auch Ihrem Verband die Befassung mit den Thesen der Postwachstumsökonomie oder Gemeinwohlökonomie.

2. Frage

Wahlkreis: Ober- / Unterfranken

Bayern wandelt sich. Während die südlichen Regierungsbezirke in Bayern an Bevölkerungswachstum zulegen, reduzieren sich die Bewohner in Ober- und Unterfranken zunehmend. Dabei stirbt die ländliche Region aus. Fachkräftemangel, Wegfall von kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen, sowie die Bündelung schulischer Aktivitäten sind einige der Auswirkungen.

Was wird die zukünftige Staatsregierung gegen das „ausbluten“ der ländlichen Regionen unternehmen?

Antworten der Kandidaten

CSU - Landesleitung

Wir wollen alle Teile und Regionen Bayerns gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben lassen. Wir wollen deshalb das Gebot „gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Bayern“ in die Bayerische Verfassung aufnehmen. Die gleichmäßige Entwicklung aller Teile unserer Heimat hat für uns Verfassungsrang. Für diese Verfassungsergänzung haben wir eine Volksabstimmung initiiert.

Der ländliche Raum ist für die Mehrheit der Menschen Lebens- und Wirtschaftsraum und prägt maßgeblich die Identität Bayerns. Zahlreiche Förderinstrumente haben wir bereits stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume ausgerichtet. Ein Beispiel sind die Programme zur Dorferneuerung und zum Städtebau, die schwerpunktmäßig auf kleinere Städte und Gemeinden in dünnbesiedelten Regionen zugeschnitten wurden.

Ein weiteres Beispiel ist das Versorgungsstrukturgesetz mit einem umfassenden Katalog von Anreizen und finanziellen Unterstützungen, die es Ärzten erleichtern, sich in ländlichen Regionen niederzulassen.

Unser Ziel ist es, die Dörfer in ihrer Entwicklung zu stärken und dem Wegzug von jungen Menschen und Familien entgegenzuwirken. Deshalb geht es uns auch um die Unterstützung des Gemeinwesens und der Heimatkultur, um die Stärkung von Vereinen und Ehrenamt. Eine familienfreundliche Ausgestaltung im Sinne von Betreuungsplätzen oder Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche ist ebenso wichtig wie barrierefreie Zugänge.

Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind eine flächendeckende medizinische, pflegerische und soziale Versorgung sowie die gute Erreichbarkeit dieser Einrichtungen unerlässlich für die Bevölkerung im ländlichen Raum. Der Erhalt von Landärzten, wohnortnahen Schulen und Nahversorgungsmöglichkeiten sind Grundvoraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse gegenüber der städtischen Bevölkerung.

Zudem werden wir die Mobilität im ländlichen Raum durch den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sichern. Der ländliche Raum muss an den Schienen- und Busverkehr gut angeschlossen bleiben. Dort wo der öffentliche Linienverkehr nur eingeschränkt aufrecht zu erhalten ist, setzen wir auf innovative Ansätze, wie Rufbusse, Senioren- und Jugendtaxen, Mitfahrzentralen sowie kombinierte Personen- und Gütertransporte.

Weitere Faktoren zur Schaffung gleichwertiger Teilhabemöglichkeiten sind der flächendeckende Breitbandausbau sowie die dezentrale Umsetzung der Energiewende.

Wir gewährleisten eine effiziente Förderung der ländlichen Regionen. Dabei setzen wir auf das Engagement der Menschen vor Ort. Wir werden die Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) und "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) sowie die Regionalförderung LEADER noch stärker vernetzen und besser bündeln. Die GAK soll zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum ausgebaut werden. Wir wollen sie um 200 Millionen Euro jährlich aufstocken, um die Kürzungen in der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik aufzufangen. Regionalbudgets wollen wir vermehrt einsetzen, denn die Menschen vor Ort wissen am besten, welche Entwicklungskonzepte für sie die besten sind. Leader ist ein seit Jahrzehnten bewährtes Förderinstrument, das auf die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt ganzer Regionen ausgerichtet ist.

Mit dem Dienstleistungsangebot „Ländliche Entwicklung“ steht der Freistaat Bayern bestens da, wenn es darum geht, Regionen, Dörfer und Landschaften weiter zu entwickeln und zu stärken. Seit 2007 haben die landesweit rund 70 Millionen Euro Zuschüsse für rund 1.050 Projekte Investitionen von fast 200 Millionen Euro ausgelöst. Diese Projekte schaffen regionale Wertschöpfungsketten und wohnortnahe Arbeitsplätze, stärken die regionale Identität und bringen Urlauber in die Region. Bayernweit gibt es 58 Leader-Aktionsgruppen. Sie werden auch in der neuen EU-Förderperiode nach 2014 eine wichtige Rolle spielen.

Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung der ländlichen Räume Bayerns ist auch die interkommunale Zusammenarbeit. Nur über Gemeinde- und Fachbereichsgrenzen hinweg können wir langfristig eine bezahlbare Infrastruktur und ein flächendeckendes Netz an Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Wir setzen gezielt auf Kreativität und Eigeninitiative der Gemeinden und ihrer Bürger, um maßgeschneiderte Lösungen für jedes Dorf und jede Region zu entwickeln. Mittlerweile gibt es in Bayern 80 kommunale Allianzen mit insgesamt 600 Gemeinden, die im Rahmen einer Integrierten Ländlichen Entwicklung gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten.

Gerhard Eck: CSU

Ihre markante Wortwahl teile ich nicht. Weder „stirbt“ die ländliche Region, noch „blutet“ sie aus. Wir wollen alle Teile und Regionen Bayerns gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben lassen.

*Wir wollen das Gebot „gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Bayern“ die Bayerische Verfassung aufnehmen.
Die gleichmäßige Entwicklung aller Teile unserer Heimat hat für uns Verfassungsrang.
Über diese Verfassungsergänzung wird es eine Volksabstimmung geben.*

Eva Trageser-Heininger: SPD

Damit der ländliche Raum für junge Menschen attraktiv bleibt, muss die künftige Staatsregierung eine Reihe von wichtigen Themenkomplexen anpacken. Aus meiner Sicht geht es dabei vorrangig um diese Punkte:

- *Für den Erhalt der Schulstandorte kämpfen*
- *Breitbandversorgung vorantreiben*
- *Orte attraktiver gestalten*
- *Regionale Arbeitsplätze schaffen*
- *Regionale Produkte vermarkten*
- *Zersiedelung vermeiden*
- *Förderprogramme nutzen*

Gleichzeitig müssen wir jetzt die Weichen stellen, damit auch im ländlichen Raum die Lebensqualität für pflegebedürftige und ältere Menschen sichergestellt ist. Dazu bedarf es folgender Maßnahmen:

- *Pflegestützpunkte müssen ausgebaut werden. Von den ab 2009 versprochenen 60 Pflegestützpunkten, wurden bis dato nur 8 errichtet. Pflegestützpunkte sind Anlaufstellen, die eine neutrale Beratung bieten, Lotsendienst durch den Dschungel der Angebote helfen. Sie sind effektiv und effizient für die Gesellschaft, weil Doppelarbeiten vermieden werden.*
- *Barrierefreies Wohnen ist notwendig. Hier werde ich mich im Landtag für einen Ausbau der Förderprogramme einsetzen.*
- *Senioren- und altersgerechte Wohnungen muss künftig stärker im Blickfeld öffentlicher Maßnahmen stehen*
- *Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs*
- *Alltagsdienstleistungen ausbauen (z.B. Dorfläden)*
- *Ärztliche Versorgung sicher stellen.*
- *Mehrgenerationenhäuser schaffen und entsprechende Förderprogramme bereitstellen*

Volkmar Halbleib: SPD

Wir müssen in Bayern das Land wieder in Gleichgewicht bringen.

Die Unterschiede in der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung sind in den letzten Jahren größer und nicht kleiner geworden, sie sind gravierend.

Die CSU hat es in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere innerhalb der bayerischen Regierungsbezirke noch viel stärker auseinandergeht als etwa zwischen Bayern und Berlin. Das BIP liegt in Berlin bei 90 Prozent des Bundesdurchschnitts, das BIP von Bayern bei 116 Prozent des Durchschnitts (2010). Die Schere beträgt also 26 Prozentpunkte. Das BIP von Oberfranken liegt nur bei 83,9 Prozent des Bayerndurchschnitts, Oberbayern bei 119,7 Prozent des Bayerndurchschnitts (2009). Die innerbayerische Schere liegt bei 35,8 Punkten.

Deswegen brauchen wir eine kraftvolle Initiative für die Wiederherstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen durch ein Bündel verschiedenster Maßnahmen:

Deutliche Intensivierung und finanzielle Aufstockung der Regional- und Strukturpolitik, gezielte Ansiedlungspolitik, gezielte Standortpolitik bei Hochschulen, mehr Standorte für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Nordbayern statt Akkumulation in und um München, Verlagerung von Behördenstandorten, Verbesserung der Breitbanderschließung, Erhalt der wohnortnahen Schule und guter Betreuungsangebote, gute Verkehrsverbindungen (Straßen, ÖPNV) um nur einige Ansatzpunkte zu nennen.

*Die Rezepte der bisherigen Regierungspolitik und die Weigerung von CSU und FDP durch ein kraftvolles Landesentwicklungsprogramm gegenzusteuern, zeigen:
Ändern wird sich nur etwas durch einen Politikwechsel!*

Ulrike Grote: Die Grünen

Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung verläuft in den sieben bayerischen Bezirken höchst unterschiedlich. Während die Bevölkerung in Oberfranken, Unterfranken und der Oberpfalz deutlich schrumpft, ist in Oberbayern und Teilen Schwabens und Niederbayerns sogar mit einem weiteren Wachstum zu rechnen. Hinsichtlich der demografischen Entwicklung besteht in Bayern also ein deutliches Nord-Süd- sowie ein Stadt-Land-Gefälle.

Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es dieses Gefälle. Trotz insgesamt positiver wirtschaftlicher Entwicklung im letzten Jahrzehnt vergrößern sich also die regionalen Unterschiede in Bayern. Dazu haben auch der Wegfall der Zonenförderung nach der Wende und die wirtschaftliche und sozialgesellschaftliche Öffnung Europas gen Osten beigetragen. Wir begrüßen diese Öffnung Europas sehr, setzen uns aber gleichzeitig für starke bayerische Regionen ein. Ein gemeinsamer europäischer Wirtschafts- und Kulturraum muss sich durch starke Regionen auszeichnen. Durch regionales und dezentrales Wirtschaften bleibt die Wertschöpfung in der Region und sichert nachhaltig Arbeitsplätze und Lebensqualität. Je häufiger ein Euro innerhalb der Region die Hand wechselt, desto größer ist die Wertschöpfung, desto mehr qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie regionale Entwicklungsperspektiven werden geschaffen.

Hierzu wollen wir Genossenschaften ebenso wie landwirtschaftliche ErzeugerInnen und Dorfladeninitiativen fördern. Das Beratungsangebot insbesondere im Bereich der Unternehmensgründungen für den Mittelstand werden wir verbessern, die Förderprogramme durchforsten und bürokratische Hürden abbauen. Es ist und bleibt erklärtes Ziel grüner Wirtschaftspolitik vor allem den nordbayerischen Raum für Investoren reizvoller zu machen und die regionale Förderung für alle wirtschaftlich schwächeren Regionen zu intensivieren.

Im Bereich der Bildungspolitik setzen wir uns für den Erhalt der Schulen vor Ort ein, denn wenn eine Schule schließen muss, ist das für den betroffenen Ort ein herber Schlag. Familien mit Kindern ziehen weg, die Gemeinde wird weniger attraktiv. Auch für die Schüler hat das Folgen: Statt ihre Zeit mit Lernen oder Freizeit zu verbringen, müssen sie viel Zeit im Bus absitzen, um zur nächsten Schule zu kommen. Dabei wäre die Lösung ganz einfach: Dort, wo es die Gemeinden wünschen, können Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden, in denen die Kinder über die vierte Klasse hinaus gemeinsam unterrichtet werden. Auf diese Weise können viele Schulen erhalten bleiben. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben diese Möglichkeit bereits mit großem Erfolg eingeführt.

Uns Grünen ist daran gelegen, die Unverwechselbarkeit unserer bayerischen Kulturen und unserer Landschaften zu bewahren, weil wir uns in ihnen wiederfinden und sie ihren je eigenen Charakter haben. Unser Land und unsere Orte sollen ihr Gesicht nicht verlieren, aber unsere Kultur muss sich weiter für demokratische Gestaltung öffnen.

Wir Grüne wollen Tradition modernisieren und dazu beitragen, die multikulturelle Vielfalt Bayerns zu stärken und zu sichern – dafür brauchen wir in jeglicher Hinsicht starke Regionen.

Kerstin Celina: Die Grünen

Wie oben schon gesagt ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wichtiger Faktor, um Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. Mindestens ebenso wichtig ist die energetische Sanierung von bestehenden Gebäuden zu fördern, um langfristig Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen und zu erhalten.

Ohne zukunftssträchtige Arbeitsplätze im ländlichen Raum werden keine anderen Maßnahmen langfristig Erfolg haben. umgekehrt gilt: Da, wo wir Arbeitsplätze schaffen, blutet die Region nicht aus, dort werden Familien gegründet, Schulen gebraucht und Bereiche der Infrastruktur bereitgestellt werden (Krankenhäuser, Kultur, Pflegeeinrichtungen).

Steffen Scholz: ÖDP

Die ideenlose, einseitige Strukturpolitik der vergangenen Jahrzehnte zu Gunsten des Großraums München führte dazu, dass die jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräfte in dieses Ballungszentrum zogen. Dies führte dort zu den großen Problemen auf dem Wohnungsmarkt und zur Landflucht. Umgedreht bluten die ländlichen Regionen aus.

Die bayerische Staatsregierung hat sich zum Beispiel noch immer nicht zu der Situation bekannt, Unterfranken mittels S-Bahn Richtung Frankfurt/Main anzuschließen, damit auch die jungen Menschen einen qualifizierten Job in der Region erhalten und weiter in ihrer Heimat leben können. Der Großraum München hingegen verfügt seit über 40 Jahren über U- und S-Bahn.

Daher fordere ich die zügige Entwicklung von S-Bahnen in Richtung des Großraums Frankfurt.

Darüber hinaus wurden und werden junge, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer Richtung Oberbayern abgezogen. Die hier Verbleibenden erhalten 11-Monats-Jobs, verbunden mit einem Monat Arbeitslosigkeit in der Ferienzeit. Die Abwanderung junger Lehrer/-innen ins nah gelegene Hessen, wo die gut ausgebildeten unterfränkischen Lehrer/-innen gesuchte Arbeitskräfte sind und wo ihnen gute Arbeitsbedingungen mit Festanstellung und damit Perspektiven geboten werden, hat bereits in Teilen Unterfrankens begonnen. Diese jungen Menschen lassen nicht mehr mit sich innerhalb Bayerns jonglieren.

Auch wenn die CSU-FDP-Regierung jetzt, kurz vor der Wahl, hier Besserung verspricht, glaube ich nicht an diese Wahlnebelkerze. Die Zweiklassengesellschaft für Junglehrer/-innen, die nicht nur „in Bayern versetzbare Nummern“, sondern junge heimatverbundene Menschen mit Hoffnung auf eine Perspektive sind, muss umgehend beendet werden. Ich fordere hier eine Gleichbehandlung.

Dies sind nur zwei von vielen möglichen Beispielen, die zeigen, wie man etwas Sinnvolles für Unterfranken tun kann, um das Ausbluten zu stoppen.

Benjamin Stöcker: Piratenpartei

Auch hier: Wohl kaum etwas, da wird sich die CSU wohl treu bleiben.

Ich würde gerne den ÖPNV in der Fläche fördern, so das die Stadtflucht gemieden wird, weil man vom Land auch ohne teures Automobil in die Zentren kommt.

Darüber hinaus würde ich mich im Landtag dafür einsetzen, dass die Leuchtturmpolitik der CSU endlich aufhört, der Breitbandausbau auch wirklich in der Fläche ankommt.

WahlJAhr 2013. Gute Politik ist messbar.

Deshalb:
Wählen gehen!

